

gab es Gänseleberpastete von Hummel aus Straßburg und Füllhauer von Meß, also Erzeugnisse aus dem Reiche des Diktatorraphänen, ferner Helgoländer Hummer. Dassel bestreite auf den Kaiser, Fürst Hohenlohe auf Bismarck. Dass der Reichskanzler seinen Vorgänger, das Haupt der Fronde, als den „treuen Diener seines Herrn“ gefeiert hat, verleiht diesem Eintritt einen besonderen Meiz. Hoffentlich ist der Kater sonst! —

Zum Fall Peters ergreift im Reichsboten der Afrikareisende und Missionar Warneck das Wort, indem er schreibt: „Für die Abneigung der Eingeborenen am Kilimandscharo gegen die Deutschen und die traurigen dortigen Kämpfe einen englischen Sündenbock zu suchen, ist ganz unnötig. Das Verhalten des Herrn Peters erklärt alles mehr als genügend.“ Einer unserer trefflichen Kolonialbeamten, Herr v. Ely, der vor Peters am Kilimandscharo war, hat schon vor Jahren die öffentliche Aullage wider diesen erhoben. Er schrieb damals: „Vor Gott und Menschen sind Sie, Herr Doktor, verantwortlich für den Tod unserer Kameraden, unserer braven Soldaten und Hunderter von Eingeborenen.“ Leider finde ich im Augenblick das Citat nicht, um es ganz anzuführen, es ist aber auch nicht nötig. Meine vorhin genannte noch autoritativere Quelle sagt dasselbe noch viel entschiedener. Ich lasse weg, was dieselbe über die Hinrichtungen des Dieners und der Konkubine von Peters mitteilt, auch war es wenig Erbauliches; ich berichte nur: „Peters hatte, ehe er ging (er hatte seine Abberufung vom Kilimandscharo beantragt), den eingeborenen Häuptlingen mitgeteilt, er habe sie mit Beilschen geplagt, aber sein Nachfolger (Herr v. Bülow) werde sie mit Skorpionen zärtlichen. Herrn v. Bülow's Lieblingspeise seien neugeborene Kinder, und sie würden gut thun, ihm gleich bei seiner Ankunft eins zu überreichen. Es sollte das vielleicht ein schlechter Witz sein, aber die Leute fachten es als Ernst auf, und als Dr. Baumann Peters darauf aufmerksam machte, daß, wenn die Leute nun wirklich Herrn v. Bülow dieses Opfer brächten, er doch Lügen gestraft würde, meinte er: „Was? Dann muß der Herr es fressen zur Ehre Deutschlands!“ Herr v. Bülow hat nun zwar keine Kinder gefressen, wohl aber den Wilden gegenüber keine milderen Saiten ausgezogen, bis dann die Sache ein Ende mit Schreden nahm.“ Das ist genug; ich citiere nicht weiter. Jedenfalls hat Peters eine furchtbare Verantwortung auf sich geladen durch sein ganzes unqualifiziertes Vertragen in Ostafrika. Und endlich einmal muß doch die Weißwäsche aufhören.“ —

Wehlans Eltern waren einfache Bauern, die mühsam von dem Ertrag ihrer kleinen Wirtschaft lebten und sich's haben sauer gern werden lassen, ihren Herrn Sohn sindieren zu lassen. Seine Mutter so oft gern auf dem Wochenmarkt und hieß ihr Gemüse sei. Später soll Wehlans seine Herkunft im Interesse seines Fortkommens möglichst verlängert haben. —

Die Berlepsch'sche Vorlage über die Organisation des Handwerks soll, wie entgegen der Nordd. Allg. Blg. in verschiedenen Blättern gemeldet wird, dem Staatsministerium bereits zugegangen sein. Die Mitteilung davon sei amtlicherseits dem Vorsteuenden der Reichstagskommission zur Beratung des Handwerkskammergesetzes gemacht worden. Eine große Freude für die Bünfler! —

Der Oberkirchenrat hat das Urteil des Breslauer Konsistoriums gegen Pfarrer Witte auf Entfernung von seinem bisherigen Pfarramt an der Golgathal Kirche bestätigt. Welche Freude für Witte's Gegner, „den braven Stöder“. — Der Stöder, der eine Klage gegen die Tilsiter Zeitung angestrengt hatte, weil sie ihm, dem Aufrichtigen, Doppelzügigkeit vorgeworfen hatte, hat die Klage zurückgezogen. Er hat gut daran. —

Aus den Reichstagsverhandlungen vom Sonnabend verbient die Erklärung des Reichsschatzsekretärs v. Rosadowsky herzuholen zu werden, daß die Zeitungsmeldung, der Bundesrat habe die im vorigen Jahre angenommene Resolution befußt, Einführung eines Zolls auf Überbrachoholz abgelehnt, irrt. Die Ausschüsse des Bundesrats hätten sich mit der technischen Seite der Sache bereits beschäftigt, das Plenum habe sich aber noch nicht darüber schlüssig gemacht, werde es jedoch in aller nächster Zeit thun.

Von den 21 Abgeordneten des lippischen Landtages erschienen 15 in lippschen Blättern zu der durch die Blätter gegangenen Meldung über die Thronfolgedebatten im Landtag, daß „sie 1. die in Lippe bestehende Regierung des Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe (des Schwagers des deutschen Kaisers) als vollständig zu Recht bestehend anerkennen und 2. der Behauptung, daß die thalsächsische Ausübung der Regierung vom Landtage verurteilt werde, entschieden widersprechen“. So tut der Bischöflein krieg weiter.

Nürnberg. 21. März. Keine Fabrikinspektoren! Groß war die Freude in Arbeiter- und Arbeiterinnenkreisen, als auf den Antrag unserer sozialdemokratischen Fraktion der bayerische Landtag beschloß, bei der nächsten Vermehrung des Inspektionspersonals nicht bloß Assistenten aus der Arbeiterklasse, sondern auch eine Assistentin anzustellen. Lange dauerte aber die Freude nicht, denn, obwohl der Beschluss im Landtag fast einstimmig gefasst wurde — nur ein paar pfälzische und oberfränkische Fabrikanten waren dagegen — so konnte doch der hohe Reichsrat, das „reaktionäre Schleifzeug“ hat ihn in vorheriger Session Vollmar genannt, nicht umhin, den Beschluss, so weit er sich auf die Anstellung einer Assistentin bezog, abzulehnen. Die wunderbare Begründung des Antrags auf Ablehnung durch den Reichsrat v. Auer — früher Advokat, gegenwärtig Präsident der Hypothek- und Wechselbank in München — hat die Volkszeitung seiner Zeit gebracht. Die Ablehnung erfolgte mit allen gegen 7 Stimmen. Die ersten gehörten u. a. den sämischen Königlichen Prinzen, darunter auch Ludwig, der künftige König von Bayern, zu letzteren Freiherr Dr. von Hartling und die Erzbischöfe und Bischöfe. Für uns Nürnberger kam in der betr. Reichsratssitzung noch etwas besonders interessantes zu Tage. Wie „unser Weiß“, der Herr Staatsminister v. Feilitzsch, mitteilte, hat sich nämlich der mittelfränkische Fabrikinspektor, Herr Anton Kopf in Nürnberg, sehr energisch gegen die weibliche Inspektion ausgesprochen! Gerade für Mittelfranken war ja die Assistentin bestimmt, denn diese Provinz hat nicht nur die entwickelte Industrie an sich, sondern namentlich die stärkste Ausbeutung der Frauenarbeit. Ein Blick in den Inspektionsbericht des Herrn Kopf selbst beweist dies. Nun ist Herr Kopf nicht der genialste unter den bayerischen Gewerbeinspektoren. Er gehört zur alten, traditionären Schule dieser Beamtenkategorie, seine Verichte waren von ihrer die leichtesten, die von Fabrikanten lob häufig überlassen. Dass ein Mann, der sich in die sozialen Zusammenhänge so wenig hineinzudenken vermöge, wie Herr Kopf, auch von der Einsicht, eine „Kollegin“ zu bekommen, nicht erwartet ist, können

wir sehr wohl verstehen. Aber er friegt die Kollegin doch noch; darauf kann er sich verlassen. Wo Sozialdemokraten einmal Fuß gesetzt haben, da bohren sie unentwegt weiter. Und nachdem unsere Landtagsabgeordneten ihren schwarzen und sonstigen „Kollegen“ schon so viel sozial-politisches Verständnis beigebracht haben, daß sie ihrem Antrag zustimmen, werden die jüngeren, zum Teil gar nicht übel Gewerbeinspektoren Bayreuth „ihrem Kopf“ auch noch so viel Logik beibringen, daß er begreift, wie ungut u. s. w. es ist, auf die Dauer seine Sprödigkeit gegen eine Gehilfin fortzuführen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien. 23. März. Infolge Verweigerung der Erlaubnis seitens mehrerer Eisenbahngesellschaften an die Eisenbahnarbeiter, sich an dem jetzt tagenden ersten österreichischen Eisenbahnarbeiterkongress beteiligen zu dürfen, hielten gestern die Sozialdemokraten mehrere große Protestversammlungen ab

Frankreich.

Gegen den Riesenkochbrand. — Der sozialistische Antrag zur Weltausstellung vor der Kammer.

Paris. 19. März. Ein radikales Mittel gegen die Phosphornitroso (Kieserbrand) will Finanzminister Doumer in den Staats-Bündhölzchenfabriken in Anwendung bringen. Er hat eine jüngst in Amerika erfundene Bündhölzchen-Maschine erworben, die sämtliche Operationen der Bündhölzchenfabrikation verrichtet. Sie besteht aus einem mit Glas überzogenen, gegen den Raum der Werkstätte hermetisch verschlossenen Kasten, in dessen vier Abteilungen die verschiedenen Operationen, von der Herstellung des Holzkeiles bis zur Einschachtelung der fertigen Bündhölzchen, ausgeführt werden. Die ebenfalls maschinell hergestellte Phosphormasse wird der Maschine durch Röhren direkt aus dem Laboratorium zugeführt. Der giftige Phosphor dampf wird durch Ventilationsröhren entfernt. Das ist alles schön und gut. Aber die Maschine wird sofort über 1000 Arbeiter, zirka ein Drittel des in den Staatsfabriken beschäftigten Personals, aufs Pfaster. Die Arbeiter behalten ihre Bähne, aber sie werden nichts zu beißen haben. Der Staats-, wie der Privatkapitalismus kann aber technische Fortschritte nur um den Preis der Ausbeutung, der Verelendigung des Proletariats verwirklichen. Die Gewerkschaft der Bündhölzchen-Arbeiter, die im Frühjahr v. J. durch einen Streik das Versprechen der Abschaffung des gelben Phosphors erlangt hat, protestiert gegen die Einführung der Maschine. Doumers Kabinettschef erklärte auf ihre Vorstellungen, der Minister werde zugleich dem Parlament vorschlagen, den brotlos werdenden Arbeitern eine Entschädigung von 1200000 Franken zu bewilligen, macht ungefähr 1000 Frauen pro Familie. Die Arbeiter erwiderten, sie brauchten kein Almosen, sondern Arbeit.

Die Debatte über den bereits gemeldeten sozialistischen Zuschaubartrag zum Weltausstellungs-Entwurf nahm die ganze gestrige Kammeritzung in Anspruch. In seiner Begründungsrede erinnert Genosse Baillant daran, daß der gegenwärtige Handelsminister Mésireur seiner Zeit im Pariser Gemeinderat einen ähnlichen Antrag für die Ausstellung 1889 mit Erfolg befürwortet hat. Der städtische Dozentur wurde denn auch zur allgemeinen Zustimmung auf die Ausstellungsarbeiten angewendet. An Stelle des — zufälligerweise? — abwesenden Mésireur antwortet Finanzminister Doumer. Er verspricht, alles mögliche für die Arbeiter thun zu wollen. Rämentlich werde die übrigens seit 1848 (auf dem Papier) verbotene Zwischenunternehmenshaft streng ausgeschlossen werden. Die wichtigsten Punkte des Zuschaubartrages, den Achtstundentag und das Lohnminimum, weist er zurück unter dem Vorwand, man werde nächstens über diesbezügliche allgemeine Gesetzentwürfe, die gegenwärtig die Arbeitskommission beschäftigen, zu beraten haben. Genosse Jules Guesde fordert hierauf in einer glänzenden, wirkungsvollen Rede die republikanische Mehrheit auf, dem Beispiel der monarchischen Regierungen von England und Belgien zu folgen, die in einzelnen Fällen den Achtstundentag bez. das Lohnminimum mit Erfolg eingeführt hätten. Es handele sich um einen Versuch auf einem beschränkten Arbeitsgebiet, auf dem obendrein der landläufige bürgerliche Einwand der ausländischen Konkurrenz nicht angerufen werden könnte. Um den sozialistischen Antrag desto sicherer zu Galie zu bringen, verlangt das opportunistische Centrum, die Meinung der Regierung zu hören. Bourgeois spricht sich nun noch schärfer als Doumer gegen die beiden Forderungen aus, deren Annahme das Zustandekommen des Gesetzes verzögern würde, da ja der Senat dieselben verwirfen würde. Im übrigen verspricht er, wie 1889, eine Unterstützungsliste für die französischen Arbeiter und möglichst Bevorzugung der Arbeiter-Produktivgenossenschaften bei Vergabe der Ausstellungsbauten und -Lieferungen. Guesde ergreift nochmals das Wort, um die Kammer vor einem Ablehnungsvotum zu warnen. Der von den Sozialisten verlangte Versuch läge ja gerade im Interesse der Gegner, die den Achtstundentag als Utopie verschrien. „Wenn Ihr aber die Probe aufs Exempel nicht machen wollt, so beweist Ihr damit, daß Ihr auf Eure eigenen Behauptungen nicht glaubt, daß Ihr den Versuch fürchtet. . . .“ Und sie haben wirklich Furcht gehabt, die kapitalistischen Republikaner. Der Achtstundentag und das Lohnminimum wurden mit 308 gegen 150 Stimmen verworfen. Angenommen wurde nur die Forderung eines wöchentlichen Ruhegrades und der erste Punkt des Antrages, der „menschewürdige Arbeitsbedingungen“ verlangt.

Der Kampf um die Einkommensteuer.

Paris. 21. März. Unter grossem Andrang des Publikums begann in der Kammer die Beratung über den Antrag der Budgetkommission, betr. die Ablehnung des Einkommensteuer-gegenentwurfs. Der sozialistische Abgeordnete Faurois tritt für die Regierungsvorlage ein, die von demokratischem Geiste erfüllt sei und das Handwerk, sowie Ackerbau entlasten werde. Eine Einkommensteuer habe sich schon seit zwanzig Jahren als unerlässlich gezeigt. „Wir verwerfen gewaltsame Mittel zur Verwirklichung des sozialen Fortschritts, wir werden aber auf unser Ideal zugehen, indem wir dabei immer den gegenwärtigen und früheren Zustand der Gesellschaft achten.“ Der parlamentarische Agent Rothschild, Leon Say, bekämpft die Ausführungen Faurois' und billigt den Beschluss der Budget-Kommission. Das Ziel der Sozialisten, trotz ihrer Erklärungen, sei, das „Eigentum zu unterdrücken“; die Regierungsvorlage würde ihnen dabei Hilfe leisten. Montag Fortsetzung der Debatte. Vor der gerechten Besteuerung zittert das alte Bürgertum.

Italien.

Schluss der Auktionsdebatte.

Rom. 21. März. Ministerpräsident di Rudini erklärte heute: „Die seit jeher traditionelle Freundschaft mit England vervollständigt das System unserer Bündnisse; sie hat stets

einen großen Einfluß auf unsere Stellungnahme in Europa gehabt und wird ihn auch notwendigerweise in Zukunft haben. Diese meine Worte bestätigen den Wert, den Italien der Freundschaft mit England beimittelt. Unser Gefühl gibt uns die Freundschaft ein, unsere Interessen raten sie uns an. Diese Worte zeigen auch, welchen Wert die Behauptungen derjenigen haben, die die Herzlichkeit in unseren Beziehungen zu England in Beweis ziehen, und sollen Ihnen sagen, wie angenehm uns die Beweise des großen Wohlwollens gewesen sind, die uns in diesen Tagen im englischen Parlament gegeben worden sind. Italien war es dieser Freundschaft schuldig, daß es der Billigung eines Vorstusses von 500000 Pfund Sterling aus dem Reservefonds der östlichen Schulden Ägyptens für die nach Dongola gerichtete militärische Kundgebung zustimmt; eine Zustimmung, die auch Deutschland und Österreich-Ungarn erzielt haben.“ Es wird sodann zur Abstimmung geschritten. Die von Sonnino beantragte einfache Tagesordnung, die von der Regierung abgelehnt wird, wurde in namentlicher Abstimmung mit 219 gegen 119 Stimmen verworfen bei 72 Stimmenentnahmen. Die Tagesordnung der Sozialisten, die die Rückberufung der Truppen aus Afrika verlangt, wurde durch Aufstehen und Sitzenbleiben abgelehnt. Sodann wurden die drei Artikel der Vorlage über den Kredit für Afrika durch Aufstehen und Sitzenbleiben genehmigt und endlich die gesamte Vorlage in geheimer Abstimmung mit 214 gegen 57 Stimmen angenommen. Hierauf verlagerte sich die Kammer bis zum 28. April.

Wienland. 20. März. Die letzten Nummern der *Volta* di Classe und der *Criticale sociale* wurden konfisziert, eine sozialistische Versammlung in Turin untersagt. Man sieht, Cripi ging, aber sein System blieb.

Großbritannien.

Chamberlain als Verteidiger der Vorwärtspolitik. — Africato von Kapstadt bis Kairo.

London. 21. März. Joseph Chamberlain hat augenscheinlich Lord Salisburys Karten in die Hand genommen und bemüht sich, mit den Mänteln und der berufsmäßigen Geheimnisschuerei, die in Downingstreet als politische Weisheit gilt, aufzukommen. Chamberlain ist kein Diplomat, daß er in seiner Behandlung des Transvaal-Putschs bewiesen, er ist ein Zwitterding zwischen Krämer und Staatsmann und zieht im ganzen eine Friedenspolitik vor. Aber wenn er sich durch die Macht der Umstände gezwungen sieht, zu den Waffen zu greifen, die in seiner Vaterstadt Birmingham fabriziert werden, so bemüht er sich — instinktiv, man möchte glauben — den Krieg nach kommerziellen Grundsätzen zu führen, mit einem Soll und Haben im aufgeschlagenen Haupltbuch, ohne mindige Illusionen bezüglich Macht und Ehre und Vorbeeren. Ob seine Unterhandlungen mit den Buren zum gewünschten Ziel führen werden, bleibt abzuwarten; das schlimmste Soll Arbeit ist noch vor ihm, und sein Vorschlag, dem Stand Selbstverwaltung zu gewähren, ist von dem Kapminister Greville als Verrücktheit bezeichnet worden. Auch John Morley, dessen Bekämpfung der ägyptischen Abenteuerpolitik seit 1882 sich konsequent gehalten hat, bezeichnet das Kabinett Salisbury, das die Vorwärtspolitik im Sudan wieder aufs Tapet gebracht hat, als verrückt. Herr Chamberlain mache sich jedoch aus diesem Vorwurf ebenso wenig als aus Sir James Grevilles Anklage. Er ist Handelsmann, als solcher an Ressourcen sehr reich; findet eine Ware beim Publikum keinen Anklang, so verucht er es mit einer anderen. Er handelt jetzt in Politik, der Sudan ist im Steigen, so legt er den Sudan auf die Auslage und wartet hinter dem Ladenstisch ab, was das englische Publikum und die Großmächte dazu sagen.

So muß man seine entschieden geschickte, wenn auch keineswegs große rede von gestern beurteilen. Es muß gar nichts, ihm vorzuwerfen, wie Sir William Harcourt hat, daß er vor so und so viel Jahren genau das Gegenteil dessen behauptet und mit großer Überzeugung verfochten hat. Man wird solcher Vorwürfe müde; denn man muß nicht vergessen, daß Chamberlain nichts anderes sein kann als ein sehr idiosyncratic politischer Handelsmann. Er hat, als er in Gladstones Ministerium saß, der Räumung des Sudan das Wort gesprochen. Zeit ist er für dessen Eroberung, wenn der Khalifa Abdullah nicht zu stark ist und sich die Verbindungen mit Kairo offen halten lassen. Chamberlain teilt nicht Lord Salisburys hochmütige Verachtung für die öffentliche Meinung. Er kennt im Gegenteil ihren Wert. Er mag, wie sein Chef, im Herzen John Bull für einen Dummkopf halten, aber er hat die Klugheit, das nicht offen zu sagen wie Lord Salisbury. Deshalb hat er die Karten offen auf den Tisch gelegt, daß jeder drein kann. Und seine Trumpfkarte war, daß England Ägypten behalten wird. Daran hat er kein Hehl gemacht, und er ist der der Ansicht, daß die Eroberung des Sudan Ägypten bleibend Prospersität und Ruhe verleiht wird. Darum stimmt er für die Eroberung des Sudans, nicht für die ägyptischen Paschas, sondern für England. Und im Hintergrund steht das Afrika, das Cecil Rhodes sich einmal rot gemalt vorstellt, von der Kapstadt bis Kairo — alles schön und gut; nur darf den englischen Waffen kein Missgeschick zustoßen. Bei der ersten großen Niederlage fällt jedoch die von einer Majorität von 142 Stimmen gebilligte Vorwärtspolitik zusammen wie ein Kartentisch.

Der Tadesantrag Morleys gegen das Ministerium Salisburys ist mit 288 gegen 145 Stimmen, nicht, wie erst gemeldet war, gegen 45 Stimmen, abgelehnt worden.

Schweden.

Stockholm. 21. März. Die Regierung brachte heute im Reichstage einen Gesetzentwurf, betr. die „Erweiterung“ des Wahlrechts zur zweiten Kammer ein. Nach dem Gesetzentwurf soll das Wahlrecht den Bürgern, deren Besitz einen Schätzungs Wert von wenigstens 3000 Kronen (jetzt 6000 Kronen) ausmacht, und denjenigen Bürgern verliehen werden, die Steuern für ein jährliches Einkommen von mindestens 600 Kronen (jetzt 800 Kronen) entrichten. Die schwedische Bourgeoisie macht halbe, ärmliche Abgeständnisse; das Volk wird sich das allgemeine Wahlrecht aber doch erobern.

Türkei.

Konstantinopel. 21. März. Der Redakteur des jugoslawischen Journals Mechooret, Ahmed Niiza, wurde in con-tumaciam (trotz seines Richterscheins) zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt. Die Türken hängen keinen, sie müssen ihn denn haben. Und sie haben den bösen Niiza nicht.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.